

Gesundheitspolitik und Hochschulmedizin

Eigenverantwortung und Solidarität

Rund 140 Mediziner und Interessierte nahmen am 27. Mai 2010 in Leipzig an einem Gesundheitsforum unter dem Titel „Das Gesundheitssystem zwischen Kostendruck und Qualität – Lösungen für sächsische Ärzte und Patienten“ teil. Gastredner der Veranstaltung war Daniel Bahr (FDP). Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit sprach unter anderem zur Zukunft der medizinischen Versorgung, des Ärzteberufes und des Systems der Krankenversicherung.

In seinem Vortrag zu „Eigenverantwortung und Solidarität – Anforderungen an ein zukunftsfestes Gesundheitswesen“ betonte er die Eigenverantwortung des Einzelnen und die Solidarität der Gemeinschaft. Mit Blick auf die Honorarreform forderte er das in der Wirtschaft gängige Leistungsprinzip. Bei Arzneimitteln ist die faire Preisbildung ein wichtiges Ziel der FDP. Medizinische Versorgungszentren sollten ärztlich geführt und ärztlich getragen werden.

In der anschließenden Diskussion mit Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze, Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, Dr. med. Matthias Wunsch, Präsident der Landeszahnärztekammer, Frank Rohrwacher, Vorsitzender der Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände und moderiert von Friedemann Schmidt wurde noch einmal sehr deutlich, dass der Arztberuf wieder ein Beruf der Zukunft werden muss. Es muss auch in Sachsen gelingen, sowohl bei ‚harten‘ als auch bei ‚weichen‘ Faktoren jungen Mediziner attraktive Rahmenbedingungen zu bieten. Nur so kann man dem einsetzenden Ärztemangel besonders in den ländlichen Regionen Einhalt gebieten. Für Weiterbildungsassistenten müssten Hierarchien abgebaut und die Weiterbildungsgänge ‚flüssig‘ gestaltet werden. „Es kann nicht sein, dass ältere Weiterbil-



Friedemann Schmidt, Präsident der Apothekerkammer; Daniel Bahr (FDP); Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze, Präsident der Sächsischen Landesärztekammer; Dr. Matthias Wunsch, Präsident der Landeszahnärztekammer Sachsen (v.l.)

ungsassistenten junge Assistenten weiterbilden“, so Prof. Dr. Schulze in der Diskussion.

Hochschulmedizin

Dem Thema „Zukunft der Hochschulmedizin in Leipzig“ widmete sich eine Veranstaltung am 2. Juni 2010 in der Uniklinik Leipzig. Dort diskutierten der Prodekan Prof. Dr. rer. bio. hum. habil. Elmar Brähler, Erik Bodendieck, Vizepräsident der Sächsischen Landesärztekammer, und Herr Pförtner vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst mit Mitarbeitern, Studenten und Interessierten über Hochschulzugang, Mittelkürzung und Stellenabbau sowie Studienplatzkapazitäten. 150.000 Euro kostet ein Studienplatz Medizin den Steuerzahler. 450 Studienplätze Medizin muss die Universität Leipzig pro Semester vorhalten. Die dafür notwendigen staatlichen Zuschüsse sind seit Jahren eingefroren und sinken real. Das entstehende Defizit müssen die Hochschulen durch Stellenabbau und Drittmittel auffangen. Weitere staatliche Kürzungen im Hochschulbereich, wie sie in den Sparplänen der sächsischen Staatsregierung vorgesehen sind, würden nicht mehr verkraftet. Der Lehrbetrieb Medizin und dessen Qualität sei so nicht mehr zu halten, erläuterte Prof. Dr. Brähler.

Die Moderatorin Annekathrin Giegack, Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, hatte zu dieser Diskussion eingeladen und war von den

Fakten überrascht. Erik Bodendieck wies mit Blick auf den Ärztemangel auf die Bedeutung der studentischen Ausbildung hin. „Qualität ist auch ein Standortfaktor, wenn es um die Gewinnung und Ausbildung von Ärzten geht. Dafür muss der Freistaat auch die notwendigen Mittel bereitstellen. Man kann nicht auf der einen Seite Qualität verlangen und auf der anderen Seite die Mittel kürzen. Das hat letztendlich fatale Folgen für die ärztliche Versorgung.“



Prof. Dr. rer. bio. hum. habil. Elmar Brähler, Prodekan der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig; Annekathrin Giegack (FDP); Erik Bodendieck, Vizepräsident der Sächsischen Landesärztekammer (v.l.)

Die anwesenden Studenten und Mitarbeiter legten mit Ihren Fragen den sogenannten „Finger in die Wunde“ der Finanzierung und Personalplanung. Leider war der Vertreter des Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst in diesen Dingen nicht sehr aussagefähig.

Knut Köhler M.A.
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit